

## Klimagipfel der UNO am 23. September 2014:

### Es braucht mutige und konkrete Massnahmen

*Die Auswirkungen des Klimawandels machen sich zunehmend auf der ganzen Welt bemerkbar. Die Arktis schmilzt, die Versauerung der Ozeane nimmt zu, in gewissen Regionen sterben die Wälder, weil sich der Planet erwärmt, Das ist der Hintergrund des von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon auf den 23. September in New York einberufenen Klimagipfels.*

Die Staats- und Regierungschefs aller UNO-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, sich mit mutigen Vorschlägen und Massnahmen zur Verhinderung einer katastrophalen Klimaerwärmung am Gipfel zu beteiligen. Das ist ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die bevorstehenden Klimakonferenzen in Lima Ende dieses Jahres und nächstes Jahr in Paris, in deren Verlauf ein neues, umfassendes Klimaabkommen zur drastischen Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verabschiedet werden soll. Damit sollen die Bedingungen für eine komplette Umwandlung in ein effizientes, sauberes und erneuerbares Energiesystem geschaffen werden.

#### «Mutige Handlungen» und nicht bloss Worte

Ban Ki-moons Aufforderung an die Staats- und Regierungschefs ist einfach: kündigt «mutige Schritte» an, die eure Länder unternehmen wollen. Diese Massnahmen betreffen verschiedene Handlungsbereiche: erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Wälder, Verkehr, Klimafinzen, Anpassung, Katastrophenrisikoverminderung und Widerstandsfähigkeit, Landwirtschaft, kurzlebige Klimaschadstoffe sowie Städte. Der Gipfel selbst ist nicht Teil der offiziellen UNO-Klimaverhandlungen, verhandelt wird also nicht. Was das bevorstehende Treffen von anderen unterscheidet, ist die Ausrichtung auf konkrete und hochgesteckte Klimaschutz-Massnahmen – also nicht einfach ein weiteres Treffen an dem Politiker grosse Worte machen, aber nichts unternehmen.

Neben Staats- und Regierungschefs möchte der Gipfel auch Führungskräfte aus Finanz, Wirtschaft, und Zivilgesellschaft sowie lokale Persönlichkeiten aus dem öffentlichen und privaten Sektor mobilisieren, um eine Aktionsplattform für neue Initiativen zu schaffen, wo nicht-staatliche Akteure und Regierungen gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten. Ergebnis des Gipfels wird eine vom UNO-Generalsekretär präsentierte Zusammenfassung aller von Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft angekündigten Initiativen sein.

Um die globale Erwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius zu beschränken, braucht es ambitionöse Massnahmen Seit der Kopenhagener Konferenz von 2009, als die politischen Entscheidungsträger sich zum letzten Mal mit der Klimakrise befassten, ist vieles anders geworden. Heute profitiert die Welt von einem Boom im Sektor der erneuerbaren Energien. Diese decken bereits 20% des weltweiten Strombedarfs. Die Führungskräfte in Wirtschaft und Politik müssen *jetzt* Massnahmen ergreifen, um bis 2050 den Übergang zu einer ausschliesslich auf erneuerbaren Energien beruhenden Energieversorgung zu garantieren.

Statt Subventionen und politischer Rückendeckung für schmutzige Energien braucht es Massnahmen zur Förderung grüner Technologien, dezentraler erneuerbarer Energiequellen und für mehr Energie-Effizienz.

Erneuerbare Energie ist klimaneutral, stellt kein Gesundheitsrisiko dar und ist entscheidend für einen gesicherten Energiezugang für alle Bewohner unseres Planeten.

#### Greenpeace-Forderungen für den New Yorker Klimagipfel 2014

Um die Erwärmung des Planeten auf deutlich weniger als 2 Grad Celsius zu beschränken, Leben zu retten und die katastrophalen Folgen einer ungebremsen globalen Erwärmung zu verhindern, muss

der Klimagipfel des UNO-Generalsekretärs folgende Ergebnisse zeitigen:

Es braucht ehrgeizige Pläne für konkrete Massnahmen, die am Gipfel angekündigt werden. Die «mutigen Handlungen» sollten sich an eine Reihe von konkreten Vorgaben halten, die alle Länder umsetzen müssen, um ihre Wirtschaft aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in eine zu 100% erneuerbare Energiezukunft zu führen.

- Alle Länder müssen dieses umfassende, langfristige Ziel unterstützen: den gerechten Übergang zu einer ausschliesslich auf erneuerbaren Quellen beruhenden Energiewirtschaft bis zur Jahrhundertmitte, bei gleichzeitigem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle; auch unsere Abhängigkeit von der Atomkraft muss beendet werden.
- Länder, die dazu in der Lage sind, verpflichten sich, bis 2015 gemeinsam 15 Mia USD in den Grünen Klimafonds einzuzahlen und erarbeiten anschliessend Vorschläge, wie sich der gemeinsame Fonds bis 2020 auf 100 Mia aufstocken lässt.
- Die einzelnen Länder verpflichten sich, bis spätestens am 15. März 2015 ihr Klimaziel bekanntzugeben.
- Länder mit viel Wald verpflichten sich, klare Ziele zur schrittweisen Verminderung der Abforstung zu formulieren— das Fernziel ist 'Null-Entwaldung' bis spätestens 2020.
- Erstellen eines Zeitplans für den Ausstieg aus der fossilen Energie und den Abbau von Produktionssubventionen für die Nuklearindustrie auf allen Ebenen.

Zusätzlich haben wir spezielle Forderungen/Erwartungen an die Entscheidungsträger einzelner Länder:

**USA** – Präsident Barack Obama hat Schritte unternommen, um die Finanzierung von Kohlekraftwerken im Ausland zu stoppen und zugleich beträchtlichen Druck auf Deutschland, Frankreich, Japan, Südkorea und andere OECD Staaten ausgeübt, damit diese ihre Exportkredit-Agenturen in Zukunft davon abhalten, Kohlekraftwerke zu finanzieren. Nimmt man noch die jüngst publizierten Vorschriften der US-Umweltschutzbehörde EPA zur Senkung der Kraftwerkemissionen dazu, hat Präsident Obama damit ein paar kleine Schritte in die richtige Richtung getan. Doch die USA müssen im eigenen Land noch gehörig zulegen. Das Szenario von Greenpeace zur Energierevolution<sup>1</sup> zeigt, dass der Emissionsrückgang bei US-Kraftwerken viermal grösser sein könnte, als von der EPA vorgeschrieben. Präsident Obama muss diese Vorschriften unbedingt verschärfen, bevor sie im nächsten Jahr in Kraft treten.

**China** – Im Rahmen der Anstrengungen zur Reduktion der Luftverschmutzung haben 12 von Chinas 34 Provinzen, die 44% des gesamten chinesischen Kohlenverbrauchs auf sich vereinigen, sich verpflichtet, ihren Kohlebedarf einzuschränken. Sechs chinesische Provinzen haben in ihren Aktionsplänen gegen die Luftverschmutzung absolute Zielvorgaben für die Senkung des Kohleverbrauchs festgeschrieben. Das sind wesentliche Schritte und sie haben die Chancen des Planeten verbessert, weit unter dem Erwärmungsgrenzwert von 2 Grad Celsius zu bleiben. Dennoch sollte sich China am bevorstehenden Gipfel dazu verpflichten, den Anteil der Kohle im chinesischen Energiemix weiter zu verkleinern. Die chinesische Regierung sollte zudem ihr Klimapaket für die Zeit nach 2020 klarer umreissen und nicht erst für 2030 einen ehrgeiziges Emissionsziel in Aussicht stellen.

---

<sup>1</sup><http://www.greenpeace.org/usa/Global/usa/pla-net3/PDFs/Solutions/Energy-Revolution-2014.pdf>

**Europäische Union** – Zwar befasst sich Europa seit langem aktiv mit der Bekämpfung des Klimawandels, doch die Zielvorgaben und Strategien der Europakommision für 2030, die den Mitgliedstaaten im Oktober vorgelegt werden sollen (40-prozentige Senkung der Emissionen, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 27 bis 30% und Energie-Einsparungen von 30%) reichen nicht aus, um die Energiewende in der EU entscheidend voranzutreiben oder auch nur einen angemessenen Beitrag zur Beschränkung der globalen Erwärmung auf weit weniger als 2°C zu leisten. Vielmehr muss die EU bis 2030 drei verbindliche Ziele erreichen: Eine Emissionssenkung von mindestens 55% im Innern verglichen mit 1990, einen Zuwachs der erneuerbaren Energien auf 45% des Totals und Energieeinsparungen von 40% gegenüber 2005.

Alle drei Zielgrössen sind wesentlich, da das der EU angemessene CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel (zur Beschränkung der globalen Erwärmung auf weniger als 2°C) nur einem grösseren Anteil an erneuerbaren Energien und mit gesteigerter Energieeffizienz erreicht werden kann. Ebenso wichtig wie die Zielwerte für 2030, welche die EU gegenwärtig im Begriff ist festzulegen, ist eine verbindliche Zielgrösse für 2025, gekoppelt an einen starken Mechanismus, der jederzeit eine Verschärfung der Gangart zulässt. Damit wäre dann dem 5-jährigen Verpflichtungszeitraum Genüge getan, welcher jedem zukünftigen Klimaregime – auszuhandeln nächstes Jahr in Paris – zugrunde liegen muss.

**Deutschland** – Bundeskanzlerin Angela Merkel hat als eine der wenigen Regierungschefs einer grösseren Wirtschaftsmacht bekanntgegeben, sie werde am Gipfel in New York nicht teilnehmen. Sie muss diesen Entscheid unbedingt rückgängig machen. Sie darf nicht länger mit Steuergeldern oder Mitteln der internationalen Entwicklungshilfe Kohlekraftwerke im Ausland finanzieren. Sie muss auch die neuen Konzessionen zum Abbau von Braunkohle in Deutschland bekämpfen und die in jüngster Zeit ausgesprochen

kohlenfreundliche Ausrichtung ihrer Regierung korrigieren.

**Frankreich** – Frankreich wird an der Pariser Klimakonferenz im kommenden Jahr den Vorsitz innehaben. Dabei ist äusserst wichtig, dass Präsident François Hollande das Vertrauen der Teilnehmer gewinnen kann. Das bedeutet unter anderem, dass Frankreich im eigenen Land wirksame Klimamassnahmen ergreifen muss; sich auf europäischer Ebene für ehrgeizige Ziele zur erneuerbaren Energie und zur Energieeffizienz stark macht; sich verpflichtet, den Grünen Klimafonds zu öffnen; und aufhört, mit Steuergeldern oder Mitteln der internationalen Entwicklungshilfe Kohlekraftwerke im Ausland zu finanzieren.

**UK** – Ministerpräsident David Cameron sollte sein Versprechen einlösen, «die grünste Regierung aller Zeiten zu führen», indem er nach New York reist und dort mutige Massnahmen ankündigt. Er sollte bestätigen, dass Grossbritannien eine Verschärfung der EU-Vorgabe für die Treibhausgas-Verminderung bis 2030 befürwortet; er sollte eine verbindliche EU-Zielvorgabe für Energieeffizienz unterstützen und aufhören, ehrgeizige und landesweit verbindliche Zielwerte für erneuerbare Energien zu blockieren. Er sollte bekanntgeben, dass Grossbritannien den Grünen Klimafonds mit mindestens 1 Mia USD unterstützen wird. Weiter sollte Cameron bekanntgeben, dass Grossbritannien die Finanzierung von Kohlekraftwerken im Ausland mit Entwicklungsgeldern einstellen und selbst innerhalb eines Jahrzehnts den Kohlestrom aufgeben wird. Mit Blick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele, die 2015 verhandelt werden, sollte Cameron persönlich ein Klimaziel unterstützen.

**Indien** – Indiens neuer Ministerpräsident Narendra Modi hat erklärt, er wolle erneuerbare Energien und Energieeffizienz kräftig fördern und mit Hilfe der Solartechnologie bis 2019 alle Haushalte Indiens mit einem Zugang zu Energie versorgen. Um diese Vision in die Wirklichkeit umzusetzen

zen, muss die indische Regierung einen strategischen Leitplan entwerfen und einen finanziellen Rahmen abstecken für auf Kleinstnetzen basierende, dezentralisierte und erneuerbare Energiesysteme, die der Bevölkerung die Kontrolle über eine Quelle von nachhaltiger Energie in die Hand geben. Indien steht heute noch immer weitgehend im Bann einer von Kohle dominierten Energieversorgung, die grosse Landstriche im Zentrum des Landes zu zerstören droht und Tausende aus ihren Dörfern vertreibt. Kohlekraftwerke verschärfen zudem die Wasserverknappung in Teilen des Landes, wo Wasser ohnehin ein äusserst rares Gut ist. In New York muss Ministerpräsident Modi unbedingt seinen Plan für eine indische Energiewende präsentieren, der dieser durch den Klimawandel besonders gefährdeten Nation Energiesicherheit verschafft, ohne der Bevölkerung und der Umwelt weitere schwere Lasten aufzuerlegen.

**Brasilien** – Wir fordern Präsidentin Dilma Rousseff auf, am Klimagipfel in New York teilzunehmen und sich zu verpflichten, bis spätestens im März 2015 Brasiliens Klimaziele für das neue Klimaabkommen einzuweisen. Um passende Klimamassnahmen ins Auge zu fassen, muss die brasilianische Regierung ihre Verantwortung wahrnehmen und sich der Herausforderung des Klimawandels stellen. Neben der Zielvorgabe für 2050 sollte sich Brasilien auch ein Zwischenziel für Emissionsbeschränkung setzen, oder den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2025 zu begrenzen und die Entwaldung bis 2020 auf Null zu bringen.

**Schweiz** – Der Schweizer Bundesrat hat sich im Frühjahr 2014 von einer wissenschaftlich geleiteten Klimapolitik verabschiedet. Mit dem Entscheid, bis 2020 die Emissionen um 20% (ggü. 1990) abzusenkten, bleibt der Bundesrat deutlich hinter den Anforderungen für die Eindämmung der Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zurück. Damit wird das Problem auf anderen Länder und die zukünftigen Generationen abgewälzt. Denn jedes

weitere Jahr mit hohen Emissionen verringert den Handlungsspielraum für später lebende Menschen.

Wir fordern den Bundesrat auf, seine Klimapolitik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren und nicht an den Lobbys der fossilen Brennstoffe. Am Ban Ki-moon-Summit soll Umweltministerin Doris Leuthard die Schweiz wieder an die Spitze der klimafreundlichsten Länder stellen. Bis Mitte dieses Jahrhunderts ist eine Energieversorgung mit 100% erneuerbaren Energien bzw. null CO<sub>2</sub>-Emissionen anzustreben. Bis 2030 sind auf dem Weg dahin die Emissionen um 60% zu reduzieren. Das Energie- und Klimaszenario Energy [R]evolution<sup>2</sup> von Greenpeace Schweiz zeigt, dass diese Ziele mit einer klugen Politik erreichbar und erschwinglich sind.

#### Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

- **Martin Kaiser**, deutschsprachiger Leiter der internationalen Klimaarbeit von Greenpeace, ab 20.9. in New York erreichbar unter Tel. +49-171-878 08 17
  - **Joe Smyth**, Pressesprecher Greenpeace USA, ab 20.9. in New York erreichbar unter Tel. +1-831-566-5647
- In der Schweiz stehen Ihnen zur Verfügung:
- **Georg Klingler**, Klimaexperte Greenpeace Schweiz, Tel. 044 447 41 88
  - **Marco Fähndrich**, Medienbeauftragter Klima & Energie Greenpeace Schweiz, Tel. 044 447 41 54

<sup>2</sup><http://www.greenpeace.org/switzerland/de/Themen/Stromzukunft-Schweiz/EnergyRevolution/>